Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 78 (1984)

Heft: 3

Artikel: Entwicklungspolitische Argumente und Aktionen für die Bankeninitiative. 1., Schweizer Banken und Dritte Welt ; 2., Als Christen für die Bankeninitiative ; 3., Die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt im Dienste der Bankeninitiative ; 4., Eine entwickl...

Autor: Peter, Toni

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143110

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Toni Peter

Entwicklungspolitische Argumente und Aktionen für die Bankeninitiative

1. Schweizer Banken und Dritte Welt

Die Schweiz ist flächen- und bevölkerungsmässig ein Kleinstaat und wirtschaftlich von mittlerer Bedeutung; als Finanzplatz aber stellt sie eine Grossmacht dar. Dass dieser Finanzplatz ausserordentliche entwicklungspolitische Auswirkungen hat, liegt auf der Hand. Ein Grössenvergleich zeigt das eindrücklich: Die Geldströme, die als Fluchtgelder wie auch als Schuldendienstzahlungen aus der Dritten Welt in Schweizer Banken fliessen, übertreffen die gesamte schweizerische Entwicklungshilfe je um ein Vielfaches. Glaubwürdige Entwicklungsarbeit kommt gerade in der Schweiz nicht darum herum, sich mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen.

Wegen des einzigartig ausgestalteten Bankgeheimnisses und der restriktiven Rechtshilfe der Schweiz gegenüber dem Ausland gelangen riesige Summen von Geldern, welche den Ursprungsländern widerrechtlich entzogen werden, auf Schweizer Banken. Nach unseren Schätzungen horten diese Fluchtgelder aus der Dritten Welt im Wert von über hundert Milliarden Franken, und zwar hauptsächlich in Wertschriftendepots und als Treuhandgelder. Zaires Diktator Mobutu allein soll — gemäss einem geheimen Bericht zuhanden des Internationalen Währungsfonds — ein Vermögen von gegen vier Milliarden Dollar auf Schweizer Banken deponiert haben! Durch diese Kapitalflucht wird der Dritten Welt Geld entzogen, das für die Finanzierung der eigenen Entwicklung dringend notwendig wäre.

Neben anderen Faktoren — wie zum Beispiel den sinkenden Preisen für Rohstoffe aus der Dritten Welt — bildet die Kapitalflucht mit einen Grund für die dramatische Überschuldung der Entwicklungsländer. Diese müssen auf den internationalen Finanzmärkten Geld zu Zinsen von über zehn Prozent aufnehmen und sich in die Abhängigkeit von fremden Geldgebern begeben. Diese fremden Geldgeber sind unter anderem einmal mehr die Schweizer Banken, die das entgegengenommene Geld wieder im Ausland anlegen. In einträchtiger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds achten sie darauf, dass die von ihren Krediten abhängigen Länder ein «wirtschaftsfreundliches Klima» herstellen. Konkret bedeutet das: Senken der Reallöhne, Einschränken des inländischen Konsums, Kürzen von Subventionen im Sozialbereich und einseitige Ausrichtung der Produktion auf den Export. Je repressiver ein Regime, umso eher sind diese Bedingungen erfüllt. Die Schweizer Grossbanken, welche sich bei uns so freundlich und bürgernah geben, unterstützen denn auch menschenfeindliche Diktaturen in aller Welt, beispielsweise in Chile, Südkorea, den Philippinen oder Südafrika.

2. Als Christen für die Bankeninitiative

Bei der Bankeninitiative geht es wesentlich um den Nord-Süd-Gegensatz, der wohl der grundsätzlichste und herausforderndste Konflikt unserer Gegenwart ist. Er besteht darin, dass die Kluft zwischen den armen Ländern des Südens und den hochindustrialisierten Ländern

des Nordens immer breiter wird. Die Ausdehnung dieser Kluft (nicht nur international, sondern auch national: zwischen den Armen und Reichen desselben Landes) ist keineswegs natürlich oder bloss zufällig. Wie immer deutlicher wird, ist sie das zwangsläufige Produkt eines Wirtschaftssystems, in dem der Nutzen der einen auf der Ausbeutung der andern beruht.

Christen können in diesem Nord-Süd-Konflikt keinen neutralen Standpunkt einnehmen. Sie sind immer schon in diese Auseinandersetzung einbezogen. Entweder verschleiern sie im Interesse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes die Brutalität dieses Konfliktes, der alljährlich Millionen von Toten erzeugt. Oder sie klären die Logik dieses Wirtschaftssystems auf und arbeiten an seiner Überwindung mit, indem sie Partei für die Opfer ergreifen.

Die Option für die Armen und Unterdrückten entspricht der Optik der Bibel. Der Evangelist Lukas zum Beispiel fasst, alttestamentliche Tradition aufgreifend, das Evangelium programmatisch als gute Nachricht für die Armen und als Befreiung der Unterdrückten zusammen (Lk. 4,18). Auch der Hymnus aus dem Philipperbrief erzählt, Jesus habe bewusst die Position des in der Sklaverei Unterdrückten eingenommen (Phil. 2,7).

In diesen umfassenden Zusammenhang muss die grundlegende Bedeutung der Bankeninitiative gestellt werden. Sie leistet in der Auseinandersetzung um den Nord-Süd-Gegensatz einen bedeutenden Beitrag. Denn:

— *Die Bankeninitiative strebt die Eindämmung der Kapitalflucht durch die Gewährung von internationaler Rechtshilfe an.* Mit der Abwehr von Fluchtgeldern durch die Gewährung der Rechtshilfe können Christen konkret Solidarität üben mit den Armen in der Dritten Welt. Die Kapitalflucht, wie sie durch die Form des Bankgeheimnisses in der Schweiz begünstigt wird, geschieht auf Kosten der armen Entwicklungsländer.

— *Die Bankeninitiative strebt die Eindämmung der Fluchtgelder durch die Lockerung des Bankgeheimnisses in bestimmten Fällen an.* Das schweizerische Bankgeheimnis zieht wie ein Magnet schmutzige Fluchtgelder in die Schweiz. Diese Gelder, die den Ländern der Dritten Welt an allen Ecken und Enden fehlen, entgehen zugleich auch den einheimischen Steuerbehörden. So werden die ohnehin knappen Mittel für Entwicklung, Gesundheitsdienst und Ausbildung in diesen Ländern noch zusätzlich verringert. Das ist, wie Dom Helder Câmara sagt, «Diebstahl am eigenen Volk».

Hinzu kommt, dass die Kapitalflucht die Entwicklungshilfe, welche die Schweiz leistet, bei weitem übertrifft. Die gesamte öffentliche und private Entwicklungshilfe der Schweiz beträgt rund eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Ein Mehrfaches dieser Summe fliesst jährlich als Fluchtkapital aus der Dritten Welt in die Schweiz. Dies ist ein Schlag ins Gesicht der (kirchlichen) Hilfsorganisationen und der Christen, die solche Gelder spenden. Die Schlussfolgerung darf aber nicht lauten: keine Entwicklungshilfe mehr. Die Forderung muss vielmehr heissen: Abwehr der Kapitalflucht, politisches Engagement zugunsten der Armen und Unterdrückten, wie dies die Bankeninitiative anstrebt.

Zu bedenken ist ebenfalls, dass es sich bei den Fluchtgeldern grösstenteils um Gelder von Diktatoren und anderen Potentaten handelt. Denken wir nur an Somoza (Nicaragua) oder Mobutu (Zaire). Mit der Kapitalflucht verstossen sie gegen die von ihnen selbst erlassenen Gesetze und bauen sich im Ausland eine finanzielle Rückversicherung auf. Mit dieser Sicherheit im Rücken können sie die Unterdrückung und Ausbeutung im eigenen Land noch hemmungsloser betreiben.

Man mag vielleicht einwenden, dass die Kapitalflucht ein weltweites Problem ist und allein von der Schweiz aus nicht gelöst werden kann. Dem ist nicht zu wi-

dersprechen. Trotzdem sind gerade Christen aufgefordert, ihre moralische Verantwortung innerhalb der nationalen Grenzen wahrzunehmen. Christen dürfen ihre Verantwortung nicht einfach auf andere abschieben. Sie sind für ihr Handeln selbst verantwortlich und müssen darüber Rechenschaft ablegen. Christen nehmen ihre Verantwortung ernst, wenn sie die rechtlichen und wirtschaftlichen Faktoren zu ändern versuchen, die den Finanzplatz Schweiz zu einem Hort für Fluchtgelder machen. Die Revision des Bankgeheimnisses und die Gewährung internationaler Rechtshilfe sind denn auch Forderungen, die von den Kirchen in der Dritten Welt und von massgeblichen kirchlichen Instanzen in der Schweiz wiederholt erhoben wurden.

Der Umgang mit Geld ist politisch und ethisch niemals neutral. Die Verantwortung kann man nicht abtreten, auch wenn das Geld andern zur Verwaltung übergeben wird. Geld kann man abgeben, die Verantwortung jedoch nicht. Man muss sie umfassend wahrnehmen. Die Unterstützung der Bankeninitiative ist ein Schritt dazu.

3. Die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt im Dienste der Bankeninitiative

In der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt haben sich 1978 Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen zusammengeschlossen, um über die Zusammenhänge zwischen dem Finanzplatz Schweiz und der Dritten Welt zu informieren und in diesem Rahmen die Bankeninitiative der SPS aus entwicklungspolitischer Sicht zu unterstützen. Folgende Organisationen gehören heute zur Aktion: Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz; Association Romande Magasins du Monde; Christlicher Friedensdienst; Erklärung von Bern; Schweizerisches Arbeiterhilfswerk; Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik SAFEP; Solidaritätskomitee Afrika, Asien und Lateinamerika SKAAL; terre des hommes schweiz, Sektion Deutsche Schweiz; Theologische Bewegung für Solidarische Entwicklung; Vereinigung Dritte-Welt-Läden Deutsche Schweiz. Das Sekretariat, das in Teilzeitarbeit betreut wird, befindet sich in Bern.

Weil viele «unserer» Banken immer wieder Regierungen mit Krediten unterstützen, welche die Interessen der Reichen rücksichtslos durchsetzen, und weil die Schweiz ein internationales Finanzzentrum ist, das auf die Unterentwicklung in der Dritten Welt einwirkt, machen wir unsere Informationsaktionen in der Schweiz. Die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt betreibt Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, erstellt Dossiers und führt Tagungen und öffentliche Aktionen durch. Damit wollen wir auf die Auswirkungen von Bankgeheimnis, mangelnder Rechtshilfe der Schweiz und der Geschäftspolitik einiger Schweizer Banken in der Dritten Welt aufmerksam machen.

So haben wir zum Beispiel 1982 in Zusammenarbeit mit der Aktion Südafrika-Boykott eine Kampagne gegen die Bankenbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika gestartet. Die Kampagne fordert den Abbruch der Beziehungen zu Banken, die Südafrika unterstützen. Dies betrifft vor allem die drei Grossbanken, welche heute gewissermassen Hausbanken des menschenverachtenden Apartheidsregimes sind. Bisher haben sich in der ganzen Schweiz einige hundert Einzelpersonen und einige Dutzend Organisationen der Kampagne angeschlossen. Zurzeit geht unser Bestreben dahin, die Diskussion über verantwortbare Bankbeziehungen in weitere Organisationen und Körperschaften (z.B. Kirchgemeinden) hineinzutragen.

4. Eine entwicklungspolitische Kampagne

Am 19./20. Mai dieses Jahres kommt die Bankeninitiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Abstimmung. Damit findet eine entscheidende

politische und entwicklungspolitische Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlich und politisch wohl stärksten Gegner statt, den man in der Schweiz herausfordern kann. Die Banken haben sich mit millionenschwerer Propaganda auf die Initiative eingeschossen. Dem haben wir nur lächerlich wenig an finanziellen Mitteln entgegenzusetzen. Dafür haben wir die besseren Argumente. Um diese zum Tragen zu bringen, brauchen wir aber möglichst viele Leute, welche die Initiative mit ihren Ideen und ihrem Einsatz unterstützen.

Die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt möchte in erster Linie mit solchen Multiplikatoren arbeiten. Viele Köpfe und Hände und die persönliche Überzeugung müssen Millionenbeträge ersetzen. Um Gruppen und Einzelpersonen zu animieren, haben wir ein Netz von regionalen Koordinatoren aufgebaut. Mit Bildungsarbeit versuchen wir, den Einstieg ins Bankenthema zu erleichtern und die Hemmungen vor diesem «Expertenthema» abzubauen. Unsere Materialien sollen Anstoss und Hilfe für lokale Aktionen zur Bankeninitiative bilden.

Es liegt in der Natur des Bankenthemas, dass die Inhalte und Argumente der Kampagne weitgehend «von oben» kommen müssen. Wir möchten aber keine uniforme Aktion «von oben nach unten» durchziehen. Vielmehr geht es darum, dass die beteiligten Personen und Gruppen, welche sich für die Initiative einsetzen möchten, mit ihren e i g e n e n Mitteln und Ausdrucksformen arbeiten. Die Möglichkeiten dazu sind breit gefächert. Wir hoffen, dass möglichst viele Gruppen — Dritt-Welt-Läden, Solidaritätskomitees, kirchliche und politische Gruppierungen — das Bankenthema für die Monate vor der Abstimmung zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen. Die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt kann solchen Gruppen eine Infrastruktur und Materialien zur Verfügung stellen, als Kontaktadresse dienen und Ideen vorschlagen.

Die Kampagne der Aktion Finanzplatz Schweiz umfasst neben der regionalen aktionsbezogenen Arbeit auch eine zentrale Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Sie läuft selbständig neben der Kampagne der SPS. Dabei ergibt sich eine ergänzende inhaltliche Gewichtung der beiden Kampagnen: Die SPS konzentriert sich mehr auf die innerschweizerischen Bankenprobleme, während wir das Schwergewicht auf die entwicklungspolitischen Aspekte der Initiative legen. Im Vordergrund steht der Teufelskreis von Kapitalflucht und Verschuldung der Dritten Welt. Mit der Lockerung des Bankgeheimnisses und dem Ausbau der Rechtshilfe könnte die Bankeninitiative diesen Kreislauf an einer entscheidenden Stelle unterbrechen.

Gesamthaft streben wir mit unserer Kampagne drei Ziele an:

— Wir wollen die Bankeninitiative wirkungsvoll unterstützen und damit zu einem möglichst grossen (entwicklungs-) politischen Druck in der Bankenfrage beitragen.

— Wir wollen auch längerfristige Bewusstseinsarbeit zu den entwicklungspolitischen Auswirkungen des Finanzplatzes Schweiz leisten.

— Wir wollen möglichst viele Leute zu persönlichem Engagement in der Bankenfrage animieren.

Worum es sicher nicht geht: die Banken oder einzelne Bankenvertreter zu verteufeln. Die Banken erfüllen eine wichtige, ja unerlässliche Rolle in jeder Volkswirtschaft. Gerade weil sie aber eine wirtschaftliche Schlüsselposition innehaben, dürfen sich ihre Aktivitäten nicht einfach in der Dunkelkammer abspielen, sondern müssen demokratisch kontrolliert werden. Die Auswirkungen der Geschäfte unserer Banken sind zu wichtig, als dass man sie einfach den Experten überlassen dürfte!

■